

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Auerzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postleitzahl: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 30

Sonnabend, den 5. Februar 1927

22. Jahrgang

Regierungserklärung und politische Aussprache.

Die Deutschnationalen auf dem Boden von Weimar und Locarno.

Berlin, 8. Februar.

Die Regierungserklärung, die Reichskanzler Dr. Marx heute im Reichstag abgab, hat folgenden Inhalt:

Die Reichsregierung, die am heutigen Tage vor die deutsche Volksvertretung tritt, ist der einmütigen Auffassung, daß die Grundlage unserer Politik, die Anerkennung der Rechtsgültigkeit der in der Verfassung von Weimar gegründeten republikanischen Staatsform, auch für die Arbeit der neuen Regierung volle Geltung behalten soll. Auch der Herr Reichspräsident hat in dem an mich gerichteten Briefe vom 20. Januar in feierlicher Weise erklärt, daß die neue Reichsregierung getreu der geltenden Weimarer Verfassung ihr gesamtes politisches Handeln einstellen soll.

Auf dem gesunden Sinn für Ordnung und dem ungebrochenen Leidenswillen des deutschen Volkes kann unter wiederhergestelltes deutliches Staatswesen heute als innerlich gefestigt angesehen werden. So soll es auch bleiben. Es ist der einmütige Wille der Reichsregierung, für den Schutz, die Achtung und die Ehre unserer geliebten Verfassung in ihrer Gesamtheit, ihrer Organe und ihrer Reichsärger, wie sie in Art. 3 der Reichsverfassung festgelegt sind, mit Tatkraft einzutreten. Die Reichsverfassung ist durch Geschluß der Nationalversammlung rechtmäßig zustande gekommen. Es ist daher auch die selbstverständliche Auffassung aller in der gegenwärtigen Regierung zusammengeschlossenen Fraktionen dieses Hohen Hauses, daß Änderungen von Einzelheiten der bestehenden Verfassung auf dem verfassungsmäßig vorgeschriebenen Wege vorgenommen werden müssen. Jeden Versuch gewaltamer oder sonst ungesehlicher Abänderung wird die Reichsregierung als Hochverrat ahnen. Insbesondere wird sie auch gegen alle Vereinigungen, die den rechtswidrigen und gewaltsamen Umsatz der jetzigen Staatsform bestreiten, vorgehen. Wie sie von allen Deutschen Achtung der Reichsverfassung verlangt, so gilt diese Treuepflicht — selbstverständlich unter Wahrung des verfassungsmäßig gewährleisteten Rechts auf freie Meinungsäußerung — vor allem für die Beamten. Diesen ist die Beteiligung an den vorgenannten Vereinen und Bestrebungen zu verbieten.

Der ratsätzige Schutz der Weimarer Verfassung schließt keineswegs aus, der großen Vergangenheit Deutschlands mit Achtung zu gedenken. Deshalb soll nach der einmütigen Auffassung der Reichsregierung auch der Vergangenheit und ihren Symbolen Achtung und Ehre gesollt werden.

Das Schulgesetz.

Wenn uns in diesem Zusammenhang ein weiterer Bild in die Vergangenheit gestattet sei, so seien wir, daß unsere ganze heute bestehende Kultur auf christlicher Grundlage erwachsen ist. Aus diesem Mutterboden heraus muß sich der Geist des deutschen Volstums immer wieder erneuern. Solche Gedankengänge werden ihre Ausdrückung finden bei dem von der Reichsregierung in Aussicht genommenen Reichsschulgesetz.

Was die

Finanzlage des Reichs

angehe, so ist es im vergangenen Jahre das Ziel der Reichsregierung gewesen, die Arbeit der Wirtschaft am Wiederaufbau Deutschlands zu fördern, ohne daß die Grundzüge einer gesunden Finanzlage zurückgestellt zu werden brauchen. Auch in Zukunft wird es das Bestreben der Reichsregierung bleiben, die Interessen des erwerbstätigen Volkes in allen seinen Schichten mit denen der öffentlichen Wirtschaft in Einklang zu halten. Freilich bedarf es dazu außerster Sorgfalt, um nicht gegenüber den vorhandenen Einnahmemöglichkeiten in Schwierigkeiten zu kommen.

In den Rahmen der allgemeinen Finanzlage wird auch das Problem des

Finanzausgleichs

einzufügen sein, daß eine innerpolitische Frage von überordnender Bedeutung darstellt. Es wird das Ziel der Reichsregierung sein müssen, eine Übereinstimmung mit den Ländern über die Gesamtheit des Finanzausgleichsproblems möglichst bald herzustellen. Die Reichsregierung hat dabei volles Verständnis für die Wünsche des Landes auf ein gesundes Eigenleben, wie

sie anderseits auf das Verständnis der Länder für die finanziellen Notwendigkeiten des Reiches in der Nachkriegszeit rechnet.

Der Wehrmacht

wird die Reichsregierung ihre besondere Aufmerksamkeit und Fürsorge widmen. Sie wird mit großem Nachdruck bemüht sein, das Vertrauen des deutschen Volkes zu seiner Wehrmacht in allen Schichten und in allen Parteien zu festigen. Das Heer muß dem politischen Kampf ein für allemal entzogen werden, nachdem von mir am 16. Dezember 1926 entwidmeten Programm. Die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 81. Dezember 1926 über ungesetzliche Einstellungen wird strengstens durchgeführt werden. Es werden ferner der öffentliche Wohlstand in nächster Zeit ergänzende Anordnungen bekannt gegeben werden, nach denen beim Rekrutierungsverfahren die Berücksichtigung aller verfassungstreuen Volkskreise sowie unter Mitwirkung der Verwaltungsbehörden der Länder durch tatsächliche Ausschluß der ausnahmslose Ausschluß aller verfassungswidrigen Elemente bei der Einstellung von Freiwilligen gewährleistet sind.

Auf seinem Gebiete ist die Stetigkeit in den Zielen der Reichsregierung in höherem Grade die Voraussetzung fruchtbringender Arbeit als auf dem Gebiete der

Außenpolitik.

Diese Stetigkeit ist Grundlage des internationalen Vertrags. Deutschland würde die Schwierigkeit seiner Lage ins Unabschbare vergrößern, wenn seine Politik gegenüber anderen Staaten durch den Wechsel innerer Konstellationen in ihrer organischen Fortentwicklung beeinträchtigt würde. Die Außenpolitik, die die Reichsregierung seit Kriegsende ohne Unterlass betreibt, verfolgt und die schließlich zu dem Londoner Dawesabkommen, zum Vertragwerk von Locarno und zum Eintreten in den Völkerbund geführt hat, ist geprägt durch den Verzicht auf den Gedanken der Neutralität. Wie auch immer die Haltung einzelner Parteien in der Vergangenheit gewesen sein mag, für die Zukunft könne die durch jene alte angebaute Entwicklung und die dadurch geschaffene Grundlage allein maßgebend sein. In diesem Sinne sind alle Mitglieder des Kabinetts einmütig in dem Entschluß, auf den eingeschlagenen Bahnen voranzuschreiten, um durch eine Politik des Rechts und des Friedens und durch den ehrlichen Willen zur Verständigung und zur Zusammenarbeit mit den anderen Nationen für den politischen und wirtschaftlichen Wiederaufbau Deutschlands und darüber hinaus Europas zu wirken.

Auf dem Wege dieser Politik liegen hinter uns die Befreiung des Ruhr- und Sanctionsgebietes, die Rückführung der nördlichen Rheinlandzone und die Beendigung der Tätigkeit der fremden Militärkontrollkommission in Deutschland sowie die noch in den letzten Tagen erzielte Erledigung der beiden letzten Restpunkte der Entmilitarisierungsfrage, nämlich der Frage des Kriegsmaterials und der Ölfragen. Ferner liegt vor uns als Aufgabe die freie Ausübung der Souveränität über das deutsche Staatsgebiet wieder herzustellen. Solange die zweite und dritte Rheinlandzone noch von fremden Truppen besetzt bleibt, sind die jetzt dort obwaltenden Zustände vor allem auch eine dauernde Gefahrenquelle für die günstige Entwicklung unserer Beziehungen zu unseren Nachbarländern im Westen und lassen sich mit dem auf Eis gelegten Beruhenden Vertragwerk von Locarno nicht vereinigen.

Wenn wir uns nunmehr

der inneren Lage Deutschlands

in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht zuwenden, so stehen wir vor der Tatsache, daß der Weltkrieg mit allen seinen schlimmen Folgen eine tiefgreifende soziale Umstellung in unserem Volke geschaffen hat. Alle wirtschafts- und sozialpolitischen Maßnahmen der Reichsregierung müssen von dem Streben zeugen, nach aller Möglichkeit die ungeheure Zahl der Arbeitslosen zu bessern. Die Arbeitslosigkeit in ihrem gegenwärtigen Ausmaß kann durch staatliche Mittel allein nicht beseitigt werden. Doch kann eine geeignete, indirekt wirtschaftsfördernde Sozialpolitik dazu beitragen, die Not zu lindern. In dieser Erkenntnis wird die Regierung nach wie vor auf dem Gebiet der produktiven

Erwerbslosenfürsorge

wirtschaftsfördernde Maßnahmen führen. Sie wird die Zu-

siedlung von Arbeitslosen im Gebiete ermöglichen, die ein besseres Fortkommen gewährleisten.

Den Kriegsbeschädigten und Kriegshinterbliebenen gelte die besondere Sorge der Reichsregierung. Die Versicherung und Versorgung bedürfen aber der Ergänzung durch die Wohlfahrtspflege. Die Fürsorgepflichtverordnung muß so durchgeführt werden, wie es ihr Zweck erfordert.

Um dem sozialen Fortschritt in der ganzen Welt zu dienen, werde die Regierung auch weiterhin einen Anteil an den Arbeiten des Internationalen Arbeitsamtes nehmen.

Die Bekämpfung der Wohnungsnot

werde durch Förderung des Wohnungsbau nachdrücklich betrieben werden, insbesondere müsse dem landwirtschaftlichen Wohnungsbau Aufmerksamkeit geschenkt werden. Dem Fortschreiten des Wohnungsbau müsse der Abbau der Wohnungswangswirtschaft schrittweise folgen. Für den Kleinstwohnungsbau werde die Regierung auch weiterhin öffentliche Gelder zur Verfügung stellen.

Die Solidarität der Arbeiter und Unternehmer werde die Reichsregierung mit allen Mitteln pflegen. Die Größe der sozialen Not braucht uns Deutsche nicht zu verlassen, an der wirtschaftlichen Wiedererholung Deutschlands zu zweifeln. Die wachsende Verflchtung Deutschlands in die Weltwirtschaft und sein steigender Anteil am Weltmarkt berechtigen zu der Hoffnung eines wirtschaftlichen Wiederaufstiegs. Die Notlage der deutschen Wirtschaft durch Entwicklung aller deutschen Produktivkräfte nach außen und innen zu überwinden, betrachte die Reichsregierung als eine ihrer Hauptaufgaben. Sie wird bemüht sein, durch

Ausbau des Handelsvertragswerkes

und durch Exportförderung den Absatz der deutschen Wirtschaft auf dem Weltmarkt zu erweitern. Sie wird sich an der Weltwirtschaftskonferenz tätig beteiligen.

Auch die

Pflege der Landwirtschaft

wird sich die Regierung ganz besonders angelegen sein lassen. Sie ist davon überzeugt, daß sie damit auch alle Gewerbe unterstützen, den Beschäftigungsgrad der Arbeiter erweitert und mittelbar die deutsche Handels- und Zahlungsbilanz verbessert. Der Verschuldung der Landwirtschaft soll durch langfristige Realitätskredite und durch andere Abhilfe geschaffen werden. Daraus möglichen die Bestrebungen der Landwirtschaft, die Versorgung der Bevölkerung aus eigener Erzeugung zu bedenken, unterstützt werden.

Für die Befriedung des Mittelstandes werde die Regierung ihr möglichstes tun. Vor allem mügten möglichst viele leistungsfähige Eigentriebe erhalten werden. Die Regierung werde daher der besonderen Notlage des Mittelstandes nach Möglichkeit Rechnung tragen.

Die monopolistische Ausbeutung des deutschen Marktes müsse verhindert werden. Die Nationalisierung hätte ihren Zweck verfehlt, wenn sie nicht zur Hebung der Kaufkraft und der Lebenshaltung des deutschen Volkes führen würde. Die Reichsregierung werde sich nach Kräften für die Erreichung dieses Ziels einzehlen. Dazu gehöre auch die Förderung der Kapitalbildung, weitere Senkung des Zinsfußes und Erleichterung der Kreditgewährung. Zur Hebung des Binnenmarktes sei die Versorgung mit williger Energie anzutreiben. Auf dem Gebiete der Wirtschaftspolitik werde die Regierung bestrebt sein, die Interessen auszugleichen und alle Wirtschaftskräfte in den Dienst am Gemeinwohl einzutragen. An diesem Ziele soll auch der endgültige Reichswirtschaftsrat mitwirken.

In der

Rechtspflege

sind große Aufgaben zu erledigen. Das neue Strafgesetzbuch werde in diesem Frühjahr im Reichstag vorgelegt werden. Auch der Strafvollzug werde bald neu geregelt werden. In der Gestaltung und Fortbildung der polizeilichen Rechtsbegleitungen habe die Regierung großes Interesse. Sie nehme deshalb lebhaften Anteil an den bevorstehenden Rechtskonferenzen im Haag und in Rom. Mit ernster Sorge erfüllen die Reichsregierung die Presseangriffe gegen Rechtsprechung und Gerichte. Wegenfertiges Vertrauen könne hier Klüsse schaffen. Die richterliche Unabhängigkeit werde die Reichsregierung mit allen Mitteln schützen.

Die schwierigen und umfassenden Aufgaben, die die Regierung zu erfüllen habe, erforderten ihre ganze Kraft. Sie rechnet dabei auf die Mitarbeit der deutschen Volkswirtschaft und des gesamten deutschen Volkes. Ein selbstbewußter Führung und Einigung ihrer ganzen Kraft werde es die Regierung nicht fehlen lassen.

* * *

Gingegangen ist ein demokratischer und ein kommunistischer Widerstand, ferner ein Antrag des Abg. Stöber (Kom.) und Benoffen, wonach Reichskanzler Marx und Reichswirtschaftsminister Göring nicht das Vertrauen des Reichstages befürworten.

Die Debatte über die Gesamtverstaatlichung der Reichsregierung wurde durch den Abgeordneten

Müller-Franken (Foz.)

eröffnet, der u. a. ausführte: Reichskanzler Dr. Marx hat mit der Bildung des neuen Reichskabinetts seine bisherige Politik und auch seine bisherigen Erklärungen verleugnet. Er hätte das Steuer wenigstens einem anderen überlassen sollen. Das Zentrum hat eine Schwenkung vollzogen, weil es Neuwahlen vermeiden wollte; die übrigen bürgerlichen Parteien hätten eigentlich viel mehr Grund zur Furcht vor Neuwahlen gehabt. Die deutschnationalen Minister haben sich zur Fortführung der Außenpolitik bekannt. Damit erkennen sie nicht nur die Ergebnisse dieser Politik an, sondern bilden auch ihre Methoden. (Abg. v. Klemm (Dn.) ruft: Reinh!) Es besteht jetzt nicht mehr die geringste monarchistische Gefahr. Die Gefahr aber besteht, daß unter der deutschnationalen Führung die Republik wieder ein Reich der Reichen wird. Eine dringliche Forderung ist die schleunige Verabschaffung des Arbeitszeitnotgesetzes und die Ratifizierung des Washingtoner Abkommen. Deutschland ist auch nach dem Begegnis der christlichen Gewerkschaftspresse ein Arbeitstaat. In solchem Staat dürfen die Arbeiter nicht bloß Objekt der Gesetzgebung sein. Wir wünschen dieser Regierung ein baldiges Ende.

Abg. Graf Westarp (Dnl.)

stellt fest, daß das deutschnationalen Ziel des Kölner Parteitages erreicht sei. An Stelle einer Minderheitsregierung der Mitte, die zu verhängnisvoller Abhängigkeit von der Sozialdemokratie führte, sei eine feste Regierungsmehrheit der Parteien vom Zentrum bis zu den Deutschnationalen gebildet worden. Das kann und soll ein Wendepunkt in der inneren politischen Entwicklung werden. An Stelle der ewigen Regierungs Krisen soll nun ruhige und praktische Arbeit am Aufbau des Vaterlandes treten. Um dieses Ziels willen haben wir, so erklärt der Redner, große Opfer bringen müssen, die bei unseren Freunden im Lande auch ernste Bedenken hervorgerufen haben. Es muß aber festgestellt werden, daß Opfer unserer Überzeugung nach festgestellt worden sind. Der Redner wendet sich dann der Außenpolitik zu und erklärt, daß auch seine Partei nicht wolle, daß die deutsche Außenpolitik unter dem Wechsel innerpolitischer Konstellationen leide.

Das Vertragswerk von Locarno und die Mitgliedschaft im Völkerbund sind die rechtlichen und politischen Grundlagen der deutschen Politik. Eine Politik der Gewalt und Revanche lehnen wir ab.

(Hört! Hört! links!) Sie ist auch unmöglich angesichts der Deutschland aufgezwungenen Waffenlosigkeit. Wir wollen eine Politik der Verständigung, aber es muß eine gegenseitige sein. Die Methode der deutschen Verteilungen muß aufhören. (Rufe: Die Ostfestungen!) Das Abkommen über die Ostfestungen ist vor dem Eintreten der Deutschnationalen ins Kabinett geschlossen worden. (Widerspruch und laute Zurufe links.) So lange ein fremder Soldat auf deutschem Boden steht, kann von einer wirklichen Verständigung nicht die Rede sein. (Hört! Hört! links.) In der Innenpolitik ist von uns ein Gesinnungsbekenntnis, eine Preisgabe unserer monarchischen Überzeugung nicht verlangt und nicht zugesagt worden. (Stürmisches Hört! Hört! links.) Wir stellen uns mit unserer ganzen Kraft in den Dienst des Staates. Ein Bekenntnis zum Staat ist nicht gleichbedeutend mit dem Bekenntnis zur Staatsform. (Stürmisches Hört! Hört! Rufe links.)

Die Staatsform steht fest, und wir wollen mit der Regierung die Staatsautorität und die Verfassung schützen.

Wir halten die Verfassung in vielen Punkten für verbessertbedürftig, aber in einer Koalitionsregierung kann keine Regierungspartei grundlegende Änderungsanträge ohne Übereinstimmung mit den übrigen stellen. Der Streit um die Staatsform und um die Reichsfarben wird weiter gehen, aber er muß in sachlichen Formen und ohne persönliche Geschäftigkeit geführt werden. Wir begrüßen es, daß mit der neuen Regierungsbildung die Mitte mit dem Zentrum von der Sozialdemokratie losgelöst ist. Diesem ersten Schritt muß eine gleiche Regelung auch in den Landesregierungen, vor allem in Preußen folgen. (Vautres Hört! Hört! links.) Wir freuen uns, daß zum ersten Mal in einer Regierungserklärung die Wahrung vor den großen Traditionen der deutschen Vergangenheit gefordert wird. Die neue Reichsregierung wird durch unsere Unterstützung die nötige Festigung erhalten. (Beifall bei den Deutschnationalen.)

Nach der Rede des Grafen Westarp verlas Präsident Löbe unter großer Heiterkeit einen sozialdemokratischen Antrag, die Rede des Abg. Westarp auf Reichskosten in allen Gemeinden des besetzten Gebietes anschlagen zu lassen.

Die Sozialdemokraten haben inzwischen einen Misstrauensantrag gegen die neue Regierung eingereicht.

Abg. Dreiwitz (Wirtsh. Bgg.), der alsdann das Wort nahm, gab die Erklärung ab, seine Fraktion habe in der Regierungserklärung die Fassung einer Herabsetzung der Reichsausgaben vermitzt. Die bisher erhobenen Mittelstandsfordernungen werde die Fraktion aufrecht erhalten. Die neue Regierung, so schließt die Erklärung, hat es selbst in der Hand, sich die Unterstüzung unserer Fraktion zu sichern, indem sie unsere Forderungen erfüllt. Bis dahin nehmen wir eine abwartende Haltung ein.

Abg. Dr. Scholz (D. Sp.), der nach Dreiwitz sprach, erklärte u. a.: Deutschland hat schon jetzt ein Recht auf sofortige Aushebung der Besetzung des Rheinlandes. Mit Locarno und Genf ist die Fortdauer der Besetzung ganz unvereinbar. Die unerträglichen Zu-

hände an der Ostgrenze müssen endlich gestoppt werden. Die deutsche Außenpolitik gewinnt immer mehr Vertrauen im In- und Auslande. Der Redner verlangte weiter eine Senkung der Einkommensteuer, besonders in den mittleren Stufen, und fuhr dann fort: Aus den sozialpolitischen Richtlinien der Regierung ergibt sich klar, daß von einem „Bessigbürgerblod“ nicht gesprochen werden kann. Millionen von Arbeitern stehen hinter der neuen Regierung. Der Redner wies anschließend den Vorwurf zurück, daß die Volkspartei den liberalen Gedanken verraten habe. Sie wolle ihn vielmehr auch in der neuen Regierung vertreten. (Beifall bei der Deutschen Volkspartei.) Bedauerlich ist nur, so sagte der Redner, daß die Demokraten durch ihr Fernbleiben von der Regierung den liberalen Gedanken geschwächt haben. Die Richtlinien der Regierung sind so gehalten, daß sie von allen wirklich staatsähnlichen Parteien anerkannt werden können. Vom demokratischen Standpunkt aus ist eine Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten dringend notwendig. Jetzt kann die vom Reichspräsidenten ernannte Regierung durch eine einfache Mehrheit des Reichstages gestützt werden. Man darf nicht verlangen, daß der Reichspräsident sich der Fraktionsdiktatur beugt. Die Wehrmacht hat sich ausgezeichnet bewährt und während ihres Dank gebührt ihrem Organisator, dem General von Seeckt. Der Redner bezeichnete zum Schluss die Bildung der neuen Regierung als eine Etappe auf dem Wege zur Weltgemeinschaft.

Bon den Kommunisten ist inzwischen ein Antrag eingegangen, der die Reichsregierung auffordert, den Austritt aus dem Völkerbund zu vollziehen. (Heiterkeit.)

Abg. Heckert (Komm.), der letzte Redner in der heutigen Debatte, führte aus, die Regierungserklärung könne nicht hinwegtäuschen über die Arbeiterfeindlichkeit des neuen Kabinetts. Die jetzige Situation sei durch die Sozialdemokraten mit verschuldet worden.

Nach der Rede des Abg. Heckert vertrat der Reichstag die Weiterberatung der Regierungserklärung auf morgen mittag 12 Uhr.

Das Echo in der Presse.

In den Kommentaren der Berliner Blätter zu der gestrigen Reichstagsdebatte finden nicht nur die Regierungserklärung, sondern auch die Ausschreibungen des deutschnationalen Abgeordneten Graf Westarp ein lautes Echo. Besonders die Oppositorpresse widmet der Rede des deutschnationalen Führers größere Aufmerksamkeit als dem Regierungsprogramm, sie spricht von einem Konflikt, der in der Regierungskoalition entstanden sei — einige Blätter wissen sogar von Abschlagsdrohungen des Reichsfinanzministers Dr. Köhler zu melden. In einer Ministerbesprechung nach Schluß der gestrigen Reichstagsitzung soll es dann zu einem Kompromiß gekommen sein, daß die Übergabe einer Erklärung durch den deutschnationalen Abgeordneten Dejeune eingeht. Was die Stellungnahme der einzelnen Blätter anbetrifft, so sagt die „Deutsche Zeitung“, daß die Erklärung des Reichskanzlers Marx eine ganz offensichtlich bewußte und absichtsvolle Herausforderung der nationalen und monarchischen Kreise

sei. In der „Kreuzzeitung“ heißt es: Ein Regierungsprogramm als solches besitzt keine große Bedeutung, erst die Taten einer Regierung zeigen, was aus einem Programm gemacht werden kann. Wir werden deshalb abwarten müssen, wie weit der Einfluß der vier deutschnationalen Mitglieder im Kabinett zur praktischen Auswirkung gelangen kann. Die „Deutsche Tagessig.“ schreibt: Was die Regierungserklärung bietet, ist ein sorgfam und fleißig zusammengefügtes Modellbild des praktischen Arbeitswillens zum Wohle der Gesamtheit, es bedeutet für niemanden, selbst nicht für die außerhalb der Koalition Stehenden, eine Vergewaltigung irgendwelcher Überzeugung, eine Preisgabe irgendwelcher Grundsätze, es ist ein Aufruf zu praktischer Arbeit und nichts weiter. Aehnlich äußert sich die „Deutsche Allgemeine Zeitung“, die erklärt: Bei den neuen Regierungsparteien ist der erste Wille vorhanden, die sachliche Arbeit allem anderen voranzustellen. Die „Tägliche Rundschau“ betont zu dem außenpolitischen Teil der Regierungserklärung: Der bisherige Kurs der Außenpolitik findet die Billigung aller Mitglieder des Kabinetts und wird getragen von allen Fraktionen, die die Regierung unterstützen. Die „Germania“ fühlt sich durch die Ausschreibungen des Grafen Westarp zu der Bemerkung veranlaßt: Dem Zentrum erwächst aus dieser Situation die Furcht der doppelten Wachsamkeit über die Einhaltung der Richtlinien, wie sie im Regierungsprogramm verankert sind. Das „Berliner Tageblatt“ beschäftigt sich gleichfalls eingehend mit der Rede des Abg. Westarp und sagt: So zerschlägt Graf Westarp eine nach der anderen die Porzellansfiguren, die Marx in seiner Rede sorgfältig aufgebaut hat. Die „Vossische Zeitung“ hebt hervor: Das Bekenntnis der Deutschnationalen zu Stremanns Außenpolitik! Nach der Regierungserklärung steht es fest, daß die deutschnationalen Minister sich belehrt haben, und, da diese Minister als Beauftragte ihrer Fraktion, die um den Inhalt der Margesch'schen Formel wußte, in die Regierung hineingegangen sind, so steht vor aller Welt fest, daß die Partei als solche sich zu neuem Bekenntnis belehrt hat. Das sollte nun der arme Graf Westarp für den Agitationsgebrauch in seiner Reichstagsrede „voraussetzen“. Der „Vorwärts“ bemerkt: Diesmal wird man den Sturm, das meiste zur Erfüllung der neuen Regierung beigetragen zu haben, nicht dem Führer der stärksten Oppositionspartei, sondern dem Führer der stärksten Regierungspartei zuwenden müssen. Die „Rote Fahne“ schließt ihren Artikel mit den Worten: Gegen die Diktatur der Bourgeoisie die Diktatur des Proletariats!

Die Westarp-Rede.

Der „Dresdner Anzeiger“ schreibt zur Rede des Abg. Westarp: Wesentlich größeres Gewicht mußte man der Rede Westarps beilegen, die allerdings zu den schwächeren Leistungen zählte, die dieser so vielerfahrene Redner je aufzuweisen hatte. Die Furcht vor der Wohlhaberklasse gestaltete die Rede unerträglich und der Erfolg war, daß oft Erstaunen und Heiterkeit sich im Hause bemerkbar machten. — Die „Neue Zeitung“ bemerkte zur Erklärung Westarps: Die Linke jubelte, und sie hatte auch allen Grund dazu. Solche Heiterkeitsstürme hat das Haus noch selten bei der Rede eines Führers einer großen Partei erlebt. Man hatte den Eindruck, daß Westarp ungewollt und unbewußt eine Parodie auf sich selbst vortrug.

Sozialdemokratische Interpellation über die Restpunkte.

Die sozialdemokratische Fraktion hat im Reichstag eine Interpellation eingereicht, in der es heißt: Ist die Reichsregierung bereit, Aussicht darüber zu erläutern, ob sie der von den Deutschnationalen vertretenen Aussicht zustimmt, nach der nur das sogenannte „Rumpfkabinett“ und nicht das gesamte Kabinett für den in der Kabinettssitzung vom 31. Januar 1927 bezüglich der Restpunkte gesuchten Beschluß die Verantwortung trägt?

Eine Richtigstellung zum Beschwörer der D.A.Z.

Berlin, 8. Febr. Gegenüber den Presseberichten über einen angeblichen Erwerb der „Deutschen Allgemeinen Zeitung“ durch den bekannten Großindustriellen Otto Wolff ist WTB. von der hiesigen Vertretung des Herrn Otto Wolff zu der Erklärung ermächtigt, daß dieser dem Beschwörer der „D.A.Z.“ vollkommen fernsteht.

Wahl Dr. Trunks zum badischen Staatspräsidenten.

Karlsruhe, 8. Februar. In der heutigen Sitzung des badischen Landtages gab Präsident Dr. Baumgartner offiziell Kenntnis von der Berufung des badischen Staatspräsidenten und Finanzministers Dr. Köhler zum Reichsfinanzminister. Er würdigte in einer Ansprache die siebenjährige an Verdiensten um Badens Volk und Staat reiche Berufstätigkeit Dr. Köhlers und knüpfte daran die besten Wünsche für seinen neuen Wirkungskreis. (Lebhafte Zustimmung.) Darauf wurde mit den Stimmen der Weimarer Koalition der bisherige Ministerialdirektor im Unterrichtsministerium Geheimrat Dr. Franz Joseph Schmitt zum badischen Finanzminister gewählt. Das Amt des Staatspräsidenten übertrug man dem Justizminister Dr. Trunk (Zentrum).

Briand erstattet Bericht über die auswärtige Lage.

Paris, 8. Febr. Im Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten erstattete Briand heute Bericht über die auswärtige Politik Frankreichs. Er führte u. a. aus, die Regierung habe eine einheitliche auswärtige Politik getrieben und wolle ihr treu bleibende. Die Abkommen von Locarno hätten in Wirklichkeit die Lücken des Versailler Vertrages ausgefüllt. Mit ihrer Hilfe sei die Rheingrenze zum ersten Male von Deutschland anerkannt und von den Alliierten garantiert worden. Auch für die Ostgrenze habe Locarno Garantien geschaffen, da ja Deutschland sich verpflichtet habe, niemals wieder zu Gewalt seine Zulust zu nehmen. Die Räumung der Kölner Zone sei erfolgt auf Grund des Versailler Vertrages und nicht auf Grund der Locarno-Abkommen. Was das mystische Frühstück von Thoiry betrifft, so sei von keiner Seite eine Verpflichtung eingegangen worden. Er, Briand, habe Stremann deutlich zu verstehen gegeben, daß die Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich jedoch würde sich, ohne vom Versailler Vertrag abzugehen, dessen Durchführung leichter geworden sei, gezeigt zeigen, jede Gelegenheit zu wirksamer friedlicher Zusammenarbeit zwischen den beiden Ländern zu nutzen. In Locarno habe Frankreich den Frieden gewollt, und es halte daran entschlossen fest. Das habe aber Frankreich nicht verhindert, in Syrien und Marokko ihm aufgezwungene Kriege energisch durchzuführen. Frankreich sei dafür durch eine moralische Stellung erster Ordnung entschädigt worden, die es in der Welt einzulegen habe. Frankreich werde auch weiterhin sich zunächst auf sich selbst verlassen und die Organisation seiner materiellen Macht, die es notwendig habe, um seine moralische Macht zu festigen, nicht vernachlässigen. Zur Chinapolitik erklärt Briand, Frankreich trete für die Integrität Chinas ein und sei bereit, China bei seinen Bemühungen nach Unabhängigkeit zu helfen. Auf verschiedene Unfragen erklärte dann Briand noch, Frankreich könne der Zukunft ohne übertriebenen Optimismus, aber voll Vertrauen entgegensehen. Die von ihm, Briand, betriebene auswärtige Politik sei keine verlönliche Politik, sondern Ergebnis der Beratungen und einmütigen Beschlüsse des Ministerrates.

Die französischen Sozialisten und die Wahlreform

Paris, 8. Febr. Innerhalb der sozialistischen Kammerfraktion zeichnen sich bezüglich der Frage der Wahlreform zwei Strömungen ab, nämlich die Strömung Leon Blum, der für die Wiedereinführung der Urrondissementswahlen ist, und die Strömung Renaudel, der für die Beibehaltung der Verhältniswahl oder, wenn diese nicht möglich ist, für die Kleinlistenswahl mit zwei Wahlgängen ist. Am 24. Februar soll der Nationalrat bestimmen, welche Stellung die Partei in dieser Frage einnehmen wird.

Wechsel in der Besetzung des Kasseler Regierungspresidiums.

Berlin, 8. Februar. Der Amtliche Preußische Pressebeamte teilt mit: Das preußische Staatsministerium hat in seiner Sitzung vom 8. Februar auf Vorschlag des Ministers des Innern beschlossen, den Regierungs-präsidenten in Kassel, Geheimen Oberregierungsrat Dr. Stölzel, in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen, sowie den Minister des Innern zu erwidern, sich gemäß Artikel 88 der preußischen Verfassung mit dem Provinzialausschuss der Provinz Hessen-Nassau wegen der Ernennung seines Nachfolgers in Verbindung zu setzen.

Aufhebung des englisch-russischen Handelsvertrages?

London, 4. Februar. Gestern abend waren in russischen Kreisen Gerüchte im Umlauf, die Regierung erwäge die Aufhebung des englisch-russischen Handelsvertrages im Hinblick auf das Interesse, das Sowjetrussland an den Angelegenheiten der südostasiatischen Regierung nimmt.

Sturmische Debatte im Wiener Nationalrat.

Wien, 8. Februar. In der Debatte über die Erklärung des Bundeskanzlers zu dem Zwischenfall im Burgenland sprach zunächst Abg. Dr. Renné gegen die Behauptung, daß im Burgenland keine Irredenta bestünde. Der großdeutsche Abgeordnete Dr. Hampel verteidigte sich gegen die sozialistische Behauptung, daß seine Partei magyarenfreundlich sei. Als er dann die wirtschaftlichen Schäden infolge des gestrigen vierstündigen Proteststreiks erörterte, wurde er durch heftigen Lärm zur vorzeitigen Beendigung seiner Rede gezwungen. Da daraufhin die Großdeutschen den nächsten sozialistischen Redner durch stürmische Rufe am Reden verhinderten, kam es zu heftigen Auseinandersetzungen, die eine Unterbrechung der Sitzung nötig machten.

Vormarsch der chinesischen Südtamme auf Shanghai?

Shanghai, 8. Februar. Nach hier umlaufenden Gerüchten soll die Südtamme beabsichtigen, auf Shanghai vorzurücken, um die Stadt in Besitz zu nehmen, bevor die britischen Truppen eingetroffen seien.

Associated Press meldet aus Shanghai, der internationale Gemeinderat habe die britischen Behörden, die Vorbereitungen für die Unterbringung der Expeditionstruppen trafen, darauf hingewiesen, daß Shanghai keine rein britische Konfession, sondern eine internationale Niederlassung sei. Es werde damit gerechnet, daß die englischen Truppen und Kriegsschiffe bald vorläufig zum Teil nach Hongkong und Weihaiwei gehen.

Fürbitte in den Kirchen Englands für die friedliche Regelung der Schwierigkeiten mit China.

London, 4. Februar. Die Erzbischöfe von Canterbury und York und der Präsident des Nationalrates der evangelischen freien Kirchen haben die gesamte Bevölkerung aufgerufen, bei den Gottesdiensten am nächsten Sonntag eine besondere Fürbitte für eine friedliche, ehrenhafte und dauernde Regelung der bestehenden Schwierigkeiten zwischen England und China auszusprechen.

Beschießung eines Schmugglerschiffes.

Sandefjord, 8. Februar. Das Schmugglerschiff „Røthe“ wurde heute nacht im Sandefjord von einem Zollfreuer verfolgt und beschossen. Das Schiff wurde gerammt und begann zu sinken. Die Besatzung ließ darauf das Schiff auf den Strand laufen. Die an Bord befindlichen sechs Schmuggler flüchteten. An Bord befanden sich 4000 Liter Sprit.

Verfahren wegen des Mordes an Professor Rosen.

Breslau, 8. Februar. Die Kriminalpolizei teilt mit: Eine mehrstündige Gegendarstellung zwischen Jahn und Strauß hat heute stattgefunden. Jahn hat auch hierbei seine Tatschilberung aufrecht erhalten. Strauß blieb bei seinem Zeugnis. Gegenüber seiner ursprünglichen Angabe, daß er Jahn nur flüchtig kannte, wurde festgestellt, daß doch recht enge persönliche Beziehungen zwischen beiden bestanden, deren Einzelheiten Strauß auf Vorhalt des Jahn, wenn auch widerwillig, zu geben mußte. Heute fand eine Ortsbesichtigung unter Zugleitung Jähns statt. Jahn wiederholte dabei die Schilderung der Vorgänge in der feindlichen Nacht. Die Akten sollen nunmehr im Einvernehmen mit dem Oberstaatsanwalt abgeschlossen und diesem morgen übergeben werden.

Baukostenzuschlässe für Berlin verboten.

Nachdem der preußische Wohlfahrtsminister in einer Verfügung vom Herbst 1926 das Annehmen von Baukostenzuschläßen für Mehrfamilienhäuser, die m. t. Hausschlüsselhypothesen gebaut werden, als unerwünscht bezeichnete hatte, ist laut „Vossischer Zeitung“ für Berlin die Festlegung von Baukostenzuschläßen oder Mieteverauszahlungen für Wohnhäuser, die im Jahre 1927 mit Hausschlüsselhypothesen gebaut werden, als ungültig erklärt worden.

Die schlesischen Bergarbeiter kündigen.

Nachdem die Bergbauunternehmer des niederschlesischen Steinkohlenreviers die Lohnforderungen der Bergarbeiter abgelehnt hatten, beschlossen bekanntlich die Bergarbeiter, zum 5. Februar individuell die Kündigung einzureichen. Verschiedene Ortschaften melden bereits 80 Prozent und mehr an eingeschickten Kündigungen. Wichtige Berufsgruppen, wie Hauer, Handwerker usw., haben fast restlos gekündigt.

Explosion.

Hanau, 8. Februar. In einer hiesigen Werkstatt ereignete sich heute eine Explosion, durch die erheblicher Sachschaden angerichtet wurde. Zwei Personen wurden verletzt. Durch die Detonation wurde die Mauer der Werkstatt vollständig eingedrückt und eine große Anzahl Fenster zerstört.

Schälerselbstmord.

Offenbach, 8. Februar. Gestern erschok sich der 11jährige Schüler Franz Böllner. Er hatte in der letzten Zeit schlechte Schularbeiten angefertigt, und seine Mutter hatte ihm deshalb Vorfahrtungen gemacht.

Schlägereien in der Wiener Universität.

Wien, 8. Februar. In der Universität kam es heute zu Schlägereien zwischen sozialistischen und deutschnationalen Studenten. Die Sozialisten hatten Flugblätter verteilt, in welchen gegen die Vorgänge im Burgenland und gegen die Errichtung von Schleißständen an der Universität protestiert sowie die Schaffung eines allgemeinen deutschen Studentenrechts verlangt und Studentenschaft zum Kampf für dieses Programm aufgefordert wird. Die deutschnationalen Studenten wollten die Verteilung der Flugblätter verhindern, was zu Schlägereien zwischen den beiden Gruppen führte. Die Sozialisten wurden schließlich aus der Villa herausgedrängt und nahmen auf der Rampe Aufführung, von wo sie dann zum Parlament zogen. Die Deutschnationalen zogen ihnen nach, und es kam im Rathauspark zu neuerlichen Zusammenstößen. Dann kehrten die Deutschnationalen zur Universität zurück, besetzten die Rampe, wo sie Reden hielten und nationale Lieder sangen. Die Polizei, die bei den Rauferen im Rathaus eingeschritten war, nahm einige Arrestierungen vor. Mehrere Studenten erlitten Verlebungen durch Stockhiebe.

Professor Maistre von einer Schülerin getötet.

In Toulon wurde gestern abend der Professor am Conservatorium, Maistre, von einer früheren Schülerin durch einen Revolverschuß getötet. Es soll sich um ein Eiserndrama handeln.

fellgenden Wonne, daß sie ruhiger wurde, daß zuweilen sogar ein Lächeln ihre blauen Lippen sonnte, und daß sie wieder begann, den Kindern die alten Sagas zu erzählen, um die die Kleinen sie oft bat.

So schwand der Lange, ob Winter. Everts fröhliche Gestalt war ganz schmal geworden, und sein braunes, hageres Gesicht zeigte tiefe Furchen.

Kare bemerkte es, als zum erstenmal wieder die Sonne schien.

„Willst du nicht doch noch hinaus, Evert?“ fragte sie, „auf den Fischfang? Die Boote kommen noch fürs erste nicht heim, denn es wird immerhin noch lange dauern, bis man die dreißig Millionen Dorsch — so groß war ja wohl der Fang — eingesalzen und getrocknet sind. Wenn du auch zum Fang zu spät kommst, so hättest du doch Abwechslung und könntest den Versand auch übersehen.“

„Nein, ich bleibe, Kare, ich möchte dich nicht allein lassen.“

Kares Tränen tropften heiß auf seine Hand.

„Du mußt nicht traurig sein, Kare,“ sagte er lieblich, „ich bleibe ja bei dir.“

Sie nickte still, und dann sagte sie, nach seiner Hand fassend:

„Wie gut du bist, Evert. Alle seit ihr so lieb zu mir, und ich kann keinem etwas sein und für keinen etwas tun.“

„Das nur,“ tröstete Evert, und wie ein helles Lachen flog es um seinen Mund, „das wird schon anders werden, wenn du erst wieder ganz gesund wirst.“

„Oft meine ich,“ kam es zägernd aus Kares Mund, „als könne ich gar nicht mehr leben, als wäre ich losgelöst von der Erde.“

Gang finster wurden da Everts Augen.

„Du möchtest fort von mir?“

Ungewollt fragte es seine Stimme.

„Nein, lächelte Kare matt, „in mir ist kein Wunsch.“

„Für aufruhren möchte ich, und bei dir, Evert.“

Todesburg eines Unteroffiziers.

Breslau, 8. Februar. Die Schlesische Volkszeitung meldet aus Wilsdorf: Der Unteroffizier Hermann Hink vom Maschinengewehrkadett des bayerischen Reiterregiments ist aus einem Fenster des Bodengeschosses der Kaiserin auf den Hof herabgestürzt und war sofort tot. Ob Selbstmord oder Unfallstod vorliegt, ist noch nicht festgestellt.

Berurtlung französischer Kommunisten.

Cherbourg, 8. Februar. Vier Kommunisten sind heute vom Strafgericht wegen anarchistischer Propaganda in der Marine zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden.

Branden in Shanghai.

Shanghai, 8. Februar. Gestern um 11.50 Uhr wurde hier ein starker Erdstoß verübt, der die Gebäude eine halbe Minute lang in Erschütterung versetzte. Ein neuer Erdstoß um 1 Uhr dauerte 70 Sekunden.

Was bringen die Kinos?

Apollo-Lichtspiele.
„Der Schwarze Sonntag“. Zu der Aufführung wird uns geschrieben.

„Selbstverständlich zogen am Sonntag, den 9. Januar 1906, also vor 22 Jahren, die Petersburger Arbeiter unter Führung des Priesters Gapon zum Winterpalais, um dem Baron ihre Lage zu schildern und ihre Wünsche zu unterbreiten. Doch die friedliche Demonstration, die unter Vorantritt von Barendslibern und Kirchendämmern sich zum Auftreten bewegte, wurde unter Feuer genommen und auseinandergejagt. Über tausend Personen wurden getötet und verwundet. Dieser „Blutsonntag“ wird im allgemeinen als Beginn der russischen Revolution bezeichnet. Diese Ereignisse werden im neuen Film gleichwertig.“

Die staatliche Gesellschaft „Goskino“ hat besonders auf die Massenzenen ihres Augenmerk gerichtet, wobei beim Schauern möglichst der Eindruck erweckt werden soll, als ob die verfilmten Szenen der Wirklichkeit entnommen sind. So diesem Zweck wurde mit Genehmigung der Behörden frühmorgens ein ganzes Stadtviertel in Leningrad abgeräumt. Dann konnte der erstaunte Einwohner Leningrads statt der elektrischen die alte längst vergessene Pferdebahn fahren sehen. Überglückliche Frauen betreuteten sich und glaubten, daß Gott den Menschen für ihre Sünden neue Strafen aufgelegt habe. Doch in einigen Stunden ging der Spuk vorbei. Die Kosaken, die Gardekompanie, die Menge, der Priester Gapon und die Pferdebahn waren verschwunden und das tägliche Leben begann von neuem zu pulsieren. Denn alles war nur eine Kinoaufnahme für den Film „Der Schwarze Sonntag“. An dieser Aufnahme nahmen über 3000 Personen teil.“

Carola-Lichtspiele.

Der deutsche Sensationsfilm „Jagd auf Menschen“ mit dem bekannten Carlo Albin, einem der tollsten und liebenswürdigsten Artisten in der Hauptrolle ist ein erfreulicher Fortschritt, und er versteht das Publikum bis zum letzten Augenblick zu fesseln. Carlo Albin macht nicht nur ausgezeichnete, nervenstärkende Sensationen, er sieht auch vorsätzlich aus. Dabei weiß er sich bescheiden zu geben, jedoch er ungemein sympathisch wirkt. Ihm zur Seite steht ein ausgezeichnetes Ensemble, u. a. seien nur genannt: Max Delschaft, Vivian Gibson, Margarete Kuyser, Hans Albers, Erich Kaiser-Tiep. Hervorragend ist die Photographie, besonders in den prächtigen Aufnahmen der Alpen. — Um die „Gespensterfarm“ wittern alle Schauer der Romantik, die sich nur denken lassen. Es heult der Wind in finsternen Nächten durch die Bäume und fliegend schreien die Räuber, die Fledermaus huscht im gespenstischen Bildschaduflage hin und her. So war die Lage bei der Gespensterfarm, als der neuverpflichtete Polizist handeln eingreift, um den Verfehlten und seine schöne Tochter aus den Händen von Vergeleger zu befreien. Die Regie arbeitet mit schillernder Sorgfalt und photographisch wird Vorzügliches geboten. — Den Abschluß dieses lebenswerten Doppelprogramms bilden die neuesten „Opel“-Lichtspiele, die neben ihrem Unterhaltungswert durch glänzende Photographie auffallen.

ist gut ruhen. Deine Hand ist so mild und gütig, trotzdem ich dir so viel, so bitter weh getan.“

„Still, still, sprich nicht davon, Kare. Es wird ja alles wieder besser werden,“ tröstete er, „nur Vertrauen mußt du zu mir haben, Vertrauen.“

Und dann begann eine stillle, stillle Zeit für beide. Einer lebte dem anderen, ohne viel Worte, ohne dunkle Geschehnisse. Es war, als ob sich ein heiliger, ernster Frieden in die aufgeregten Herzen gesenkt hätte und allen Schmerz und alles Bangen auslöste. Die Kinder juchzten wieder fröhlich wie einst, und die zusammengefusste Gestalt der Großmutter strahlte sich wieder in die Höhe. Der erloschene Glanz in ihren Augen schien wieder hell aufzusplakern.

Evert holte jetzt auch wieder die Blicke hervor. Sie begeisterten sich mit den Dichtern, wenn sie ihr Heimatland priesen, und still und verhalten lauschten sie wohl auch auf den Sang der Kinder, wenn diese hinausjubelten in die frühlingsfrische Welt.

Ja, der Frühling war da, und nun kam der Sommer mit den hellen Nächten.

Kare träumte ihm still und verlassen entgegen. Oft war es so schön, so traumhaft still um sie her, und sie konnte ungefähr nachsinnen und an vergangene und künftige Seiten denken.

Die Wirkung draußen ließen ihre zarten Schleier über die schimmernde Welt wehen, da stand eines Tages Kare nicht auf.

Sie war nicht frisch. Der Arzt, den Evert aus Hengenholz herbeiholte, bestätigte es. Er konnte nichts finden. Nur ein bisschen matt und blutarm sei die junge Frau.

Sie müsse kräftig essen und viel hinaus an die

Die Frauen vom Sundsvallhof.

Roman von Anny Wothe.

Copyright by Anny Wothe, Leipzig.

Nachdruck nicht gestattet.

(22. Fortsetzung.)

Hundertmal des Tages ertrappete er sich bei dem Gedanken, wenn er Kare so bleich, so still basigen sah: „Ob sie wohl an ihn denkt, ob sie sich wohl nach ihm sehnt?“

Kare sich immer gleichbleibende Freundschaft, ihr stilles, gebildetes Antlitz gaben ihm keine Antwort auf seine Frage. Sonst hatte er, nachdem Kare genehmigt, sie immer in eifersüchtiger Wut belauert, ob sie nicht doch irgendeine Verbindung mit Ola Borgeon unterhielt. Er hatte sich ja seines gemeinen Verdachtes wegen vor sich selber geschämt, aber er konnte ihn dennoch nicht loswerden.

Des Nachts lag er wach im Bett und horchte angestrengt, ob Kare auch schlief, ob sie vielleicht gar weinte.

Um Ola Borgeon natürlich.

Oft war es ihm, als liege sie mit großen, weit geöffneten Augen in ihrem Bett, aber weinen, nein, weinen hörte er sie nicht.

Und so kam es denn, daß sein ganzes Leben sich nur noch um Kare drehte.

Wie sie lächelte, wie sie zu den Kindern sprach, wie sie mit ihm redete, alles überwachte er mit eifersüchtigen Augen. Was war ihm jetzt die blonde, stolze Gunild gegenüber die blonde Frau dort, die Mutter seiner Kinder, die, das fühlte er, von ihm fortstrebte, die mehr und mehr entchwand?

Nein, das durfte nicht sein. Halten mußte er Kare mit aller Kraft seines Herzens.

Und er begann um ihre Liebe zu dienen, ganz hart, ganz unmerklich. Und er empfand mit einer be-

Aus Stadt und Land.

Das, 4. Februar 1927

Aus den Landtagesausschüssen.

Der Haushaltsausschuss S des sächsischen Landtages beschäftigte sich am Mittwoch mit einem vollparteilichen Antrag betreffend die berufliche Ausbildung der schulentlassenen Jugend, namentlich derjenigen, denen der begehrte Eintritt in ein Lehrverhältnis nicht gelingt. Folgender Vermittlungsvorschlag fand gegen die kommunistische Annahme: Die Regierung zu erluchen, daß im beruhslichen Interesse des Arbeiter- und Angestelltenachwuchses während der Zeit der Erwerbslosigkeit für die erwerbslose Jugend, insbesondere für jüliche, denen der begehrte Eintritt in ein Lehrverhältnis nicht gelingt, nach Berufen geeignete Fortbildungsmöglichkeiten eingerichtet werden. Gemeinden und Schulbezirke sollen zur Mitwirkung gewonnen werden. Die erforderlichen Auswendungen sind aus Landesmitteln und der produktiven Erwerbslosenfürsorge bereitzustellen. Ein kommunistischer Antrag verlangt die Inangriffnahme notwendiger Arbeiten zur Behebung der Erwerbslosigkeit. Alle Arbeiten sollen in eigener Regie des Staates und der Gemeinden durchgeführt werden. Von bürgerlicher Seite wurde auf den neuen Stand verwiesen, der sehr erhebliche Mittel für diese Zwecke vorsieht. Trotzdem fand der kommunistische Antrag mit einer Linksmehrheit Annahme. Schließlich wurde noch ein vollparteilicher Antrag verhandelt, in dem die Regierung um eine Hochwasserregulierung der Lippe und Weihen Elster ersucht wird.

Küll sächsischer Innenminister?

Dresden, 4. Febr. Die Meldung, daß die demokratische Landtagsfraktion für das von den Demokraten besetzte Innenministerium den bisherigen Reichsinnenminister Dr. Küll in Vorschlag bringen werde, bestätigt sich jetzt ebenso wie die Vermutung, daß Küll diesem Rufe folgen wird.

Generalversammlung des M. G. B. „Sängerhort“.

Der M. G. B. „Sängerhort“ hielt gestern im bis auf den letzten Platz gefüllten Vereinsheim „Edelmeier“ seine diesjährige Generalversammlung ab. Vors. P. Rosenbaum eröffnete um 19 Uhr die Versammlung und heißt alle erschienenen aktiven und passiven Mitglieder herzlich willkommen. Dem Eingangsalbel „Des Liedes Heimat“ folgt die Tagesordnung. Dem vom 1. Schriftführer P. Eicher ausführlich abgefassten Jahresbericht ist zu entnehmen, daß sich der Verein während des vergangenen Jahres an allen Veranstaltungen, auch außerhalb, rege beteiligt hat und auch geanglich vorwärts geschritten ist. Vors. Rosenbaum verließ eine genaue Statistik über den Singstundenbesuch, aus dem sich ein Durchschnittsbesuch von 78 Prozent ergibt. Der Verein zählt 50 Ehrenmitglieder, 181 aktive und passive Mitglieder, sowie 50 Jungländer der Jugendabteilung. Die beiden Kassierer Hermann Baumann und Hans Meinhold erstatteten die Berichte über die Haupt- und Sportkasse, die mit einem erfreulichen Bestand abschließen. Beiden Kassierern wird seitens der Kassenrevisoren Entlastung erteilt und für ihre thäte und gewissenhafte Arbeit seitens des Vereins gedankt. Säfungsgemäß scheiden die 1. Vorstandsmitglieder, sowie der Fahnen- und Musikausschuß aus. Vors. Rosenbaum dankt seinerseits dem Kassierer, Herrn Kantor Kern, welcher sich im vergangenen Jahre wieder uneigennützig in den Dienst des Vereins gestellt hat, herzlich und der Verein bringt ihm „die alte Treu“. Desgleichen hebt der 2. Vors. Leber die Verdienste des rührigen 1. Vors. Paul Rosenbaum hervor, dem ebenfalls „die alte Treu“ gebracht wird. P. Rosenbaum wird auf Beruf einstimmig wiedergewählt. Alle weiteren 1. Vorstandsmitglieder werden wiedergewählt bis auf den 1. Schriftführer P. Eicher, welchem gleichfalls für seine aufopfernde Tätigkeit herzlich gedankt wird. Für diesen wird Johannes Meinhold zum 1. Schriftführer gewählt. In den Musikausschuß wird 2. Vors. Leber, Herr Lehrer Wehrauch neu hinzugewählt. Der für 1927 aufgestellte Haushaltplan wird restlos angenommen. Anträge liegen nicht vor. Unter „Beschiedenes“ wird von einigen Einladungen Kenntnis genommen. Der 4. Band des deutschen Niederbuchs soll in diesem Jahre recht viel in Benutzung genommen werden, da auch dieser herrliche Nieder enthält. Das diesjährige Hauptkonzert findet voraussichtlich im April statt. Vorsitzer Rosenbaum verließ einen Auszug aus der letzten Sängerbundessitzung bezgl. des 10. Deutschen Sängerbundesfestes in Wien, der begeistert entgegengenommen wird und magnt gleichzeitig zur regen Spartenaktivität für Wien. Ferner wird betont, der Jugendabteilung des Vereins weitgehende Unterstützung zuteil werden zu lassen, diese vor allem zur weiteren Werbetätigkeit wie bisher anzuhalten. Jungländer von Aue finden jederzeit willkommene Aufnahme in den Reihen dieser Jungländer. Weiter gelangen einige Bundesangelegenheiten zur Aussprache. Um 11 Uhr schließt der Vorsitzende die Versammlung mit der Mahnung, auch weiterhin dem Verein und dem Deutschen Lied die Treue zu bewahren wie bisher, dem seitens der Mitglieder „die alte Treu“, geborgte Art, bleibt immer neu von uns gewahrt“ entgegen.

Bericht des öffentlichen Arbeitsmarktes für Aue und Umgegend über die Arbeitsmarktlage im Monat Januar 1927

Die rückläufige Bewegung auf dem Arbeitsmarkt kam im Anfang des Januars zum Stillstand. Langsam aber stetig setzte sich dann eine Aufwärtsentwicklung des allgemeinen Beschäftigungsgrades durch. Bei unterschiedlichen Arbeitsmöglichkeiten in der Metallindustrie (Einstellungen einerseits, wechseln mit Entlassungen andererseits), überwog die Einstellung von Arbeitskräften. Die Textil- und Wäschereiindustrie blieb befriedigend beschäftigt. Letztere zeigte den ganzen Monat über eine leichte Aufnahmefähigkeit für gelernte weibliche Kräfte. Das Baugewerbe und die sonstigen Lohnberufe, auch einige Gelehrte, welche gegen Ende des Vormonats durch Groß- und Schneewetter bedingt, ziemlich zum Erliegen kamen, nahmen ihre Tätigkeit zum Teil wieder auf. Die Zahl der Arbeitssuchenden aus diesen Gruppen konnte demzufolge etwas verminder werden. Nur ungelernte Arbeitskräfte boten sich nur ungünstige Beschäftigungsmöglichkeiten. Gelegentliche und Aushilfsarbeiten aller Art konnten eine bemerkenswerte Enlastung nicht herbeiführen.

Die Vermittlungstätigkeit hielt sich in den Grenzen des Vormonats. Mit Notstandsarbeiten sind zur Zeit 66 Personen beschäftigt. Anfang Januar waren 848 Erwerbstätige vorhanden. Die Bewegung äußerte sich in einem Zugang von 574 und einem Abgang von 878 Personen. Die Gesamtzahl der Arbeitssuchenden konnte demnach auf 8180 herabgemindert werden. Dieselben segnen sich in folgender Anzahl aus nachstehenden Berufen zusammen:

	Landwirtschaftliche Berufe	25 männliche,	11 weibliche,
Bergbau	8	"	"
Steine und Erden	58	"	2
Metallindustrie	932	"	18
Chemische Industrie	4	"	"
Spinnstoffgewerbe	184	"	38
Papierindustrie	13	"	3
Ledergewerbe	12	"	"
Holzgewerbe	166	"	4
Nahrungsmittelgewerbe	32	"	2
Wäsche und Schuhindustrie	64	"	89
Reinigungsgewerbe	3	"	8
Baugewerbe	434	"	"
Vervielfältigungsgewerbe	3	"	"
Kunstgewerbe	16	"	"
Theater, Musik	3	"	"
Kellner	4	"	"
Verkehrsgewerbe	78	"	5
Hausliche Dienste	2	"	24
Ungelernte Arbeiter	650	"	116
Heizer, Maschinisten	8	"	"
Raufmännische Berufe	101	"	13
Büroangestellte	19	"	7
Technische Berufe	41	"	"
2850 männliche, 280 weibliche.			

Zur Beleuchtung der veränderten Verhältnisse gegenüber des gleichen Monats im Vorjahr sei besonders erwähnt, daß im Februar 1926 8744 Erwerbstätige vorhanden waren und zwar:

2750 männliche und
1044 weibliche, und zur Zeit
2850 männliche und
280 weibliche.

Die Zahl der arbeitsuchenden Männer erhöhte sich danach im Laufe des Jahres um 100, während sich die Zahl bei den Weiblichen um 764 senkte.

Die Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter.

Das Landeswohlfahrts- und Jugendamt veranstaltet am 11. und 12. d. W. in Dresden eine Tagung, in der die wichtige Frage der Bekämpfung der Tuberkulose im Kindesalter besprochen werden soll. Der erste Tag ist lediglich für Ärzte (Fürsorge, Schul-, Kinderärzte, Fachärzte für Lungentrakten und Tuberkulose) zur Darlegung und Erörterung der wissenschaftlichen Fragen bestimmt. Am zweiten Tage (Sonnabend) soll im Kreise der Mitarbeiter der amtlichen und freien Wohlfahrtspflege ein planmäßiges Vorgehen auf diesem bedeutungsvollen Gebiete der Kinderfürsorge erörtert werden. Als Berichterstatter sind an beiden Tagen tätig: Dr. Alexander, leitender Arzt der sächsischen Kinderheilstätte Agra (früher Davos), Professor Dr. Bessau, Direktor der Universitätskinderklinik in Leipzig, Privatdozent Stadtmekanikarzt Dr. Soupe, Dresden, und Professor Dr. Thiele, Dresden. Die Teilnahme ist kostenlos, vorherige Anmeldung beim Arbeits- und Wohlfahrtsministerium jedoch nötig.

Gaserstoffgeschäfte beim Verland der Fische.

Wie die Pressestelle der Landwirtschaftskammer mitteilt, findet in der Fischzucht Rudolf Linke in Edle Krone bei Tharandt, Bahnstation Edle Krone, am Freitag, den 4. März ein Fortbildungskurs für Fischer, Teichwirte und Fischhändler zur Unterweisung im Gebrauch von Sauerstoffgeschäften bei der Behandlung und beim Verland der Fische statt. Die Vorstände hierzu haben übernommen Landesfischereirat Dr. Wohlgenuth, J. von Davier und Rudolf Linke jun. Es finden weiterhin praktische Vorführungen statt. Die Gebühr beträgt 5 RM und ist bei der Anmeldung an die Landwirtschaftskammer, Postcheckkonto Dresden Nr.

88, mit dem Bemerk: „Schäfe für Winterschlaf 1927“ einzuzahlen. Mitgliedern des Sächsischen Güterschiffvereins ist die Teilnahme kostenlos gestattet. Anmeldungen bis zum 30. Februar an die Abteilung Güterverkehr der Handelskammer Dresden, Gitterstraße 14.

Schellenberg. Personalleben. Justizratist Arthur Schott beim heutigen Amtsgericht, der am 1. März 1926 als solcher nach Schellenberg versetzt worden ist, ist unter dem 1. Februar 1927 zum Justizrat ernannt worden.

Schma. Für die Bezirkswahl am 6. Februar d. J. sind im zusammengefaßten 7. Wahlkreis, der die Gemeinden Schma, Granatz und Reudorf umfaßt, beim Wahlkommissar Bürgermeister Schneider zwei Wahlvorschläge eingegangen. Wahlberechtigt sind für diese Wahl nur die Gemeindevertreter der obengenannten Gemeinden. Die Wahlvorschläge lauten folgendermaßen: 1. Lehrer Otto Friedrich-Reudorf, Schwarzwäldermauer Paul Peter Schma, Feuermann Paul Göbel-Granatz, Zimmermann Karl Otto-Reudorf, Lagerhalter Bruno Klaus-Schma und Lagerhalter Martin Schubert-Granatz. Wahlvorschlag 2: Sägerwerksel und Landwirt Mag. Schü-Reudorf, Fabrikbesitzer Gustav Göbel-Granatz, Postmeister Mag. Repher-Schma, Förstermeister Georg Weizsäcker-Reudorf, Förstermeister Albert Ged-Granatz und Kaufmann Mag. Rüttner-Schma.

Töpfel. Der Umzug des Gemeindeamtes ins neue Heim ist nunmehr erfolgt. Das neue Gemeindeamt steht in der Mitte des Dorfs in der Nähe des Gerichts. Die Männer ziehen noch im Laufe des Monats Februar ein.

Swidau. Einstmehrheit im Bezirk aus. Die Wahlen zum Bezirkstaatsrätor der Kreisstadt Swidau ergaben eine Linksmehrheit. 19 bürgerliche Abgeordneten stehen 17 Sozialdemokraten und 4 Kommunisten gegenüber.

Wrimischa. Selbstmord auf den Schienen. Auf dem Bahnhof der Linie Leipzig-Dresden hat sich in der Nähe der Görlitzer Eisenbahnhalle die 18 Jahre alte Arbeiterin Selma von hier nachts vom Buge überfahren lassen. Die Leiche war stark verstümmelt. Berechtigte Vorwürfe der Mutter hatten das Mädchen auf Selbstmordgedanken gebracht.

Dresden. Protest gegen die Gemeindegetränkesteuer. Ueber 100 Spulenverbände, das gesamte Brünngewerbe, gemeinsam mit allen sächsischen Gastwirteverbänden und noch anderen von den Gemeindegetränkesteuern betroffenen Betriebsarten, waren am Sonnabend im Dresdner Bundeshaus zusammengekommen, um Stellung gegen die von den Gemeindevertretern versuchte Hinauschiebung der Gemeindegetränkesteuer zu nehmen, trocken die selben nach Reichstagbeschuß nur bis 31. März 1928 erhalten werden dürfen. Die Versammlung drohte zum Ausdruck, daß, wenn der Reichstag, dem Drude der Gemeindevertreter nachgebend, die einmal gefassten Beschlüsse wieder aufheben würde, alles Vertrauen zum Reichstage bei den Staatsbürgern schwunden mache. Nachfolgende Entschließung stand einstimmig angenommen: „Die am Sonntag, den 29. Januar d. J., im Dresdner Bundeshaus versammelten Vertreter des gesamten Gastwirtschafts- und Brünngewerbes und noch anderer von dieser Steuer betroffener Kreisstädte des Kreisstaates Sachsen fordern, daß die sächsische Regierung unverzüglich Schritte zur endgültigen Aufhebung der Gemeindegetränkesteuer, mit Wirkung ab 1. April 1927, unternimmt. Die Gemeindegetränkesteuer, in Inflationsjahren als Verlegenheitsprodukt geschaffen, ist ein völlig unorganisches Anhänger des Finanzungleichs.“

Verantwortlich für den gesamten Inhalt: Dr. Heinrich Debus. Druck u. Verl. Auer Druck- u. Verlagsgesellschaft. M. d. S. Aue.



GLASWAREN

Schlüssel 21 cm. ohne Muster	0.50
Komposit Schlüssel ohne Muster	0.10
Komposit Schlüssel ohne Muster	0.10
Küchenteller 31 cm. Sternmuster	0.75
Butterdose mit Deckel	.2
Jardiniere oval. Sternmuster	1.00
3 Bömer grüner Stein	1.00
3 Bierbecher schwarz K. Stein	0.50
Vase 4 cm. marbre	.25
Küseglocke schwarz	0.75

KAUFHAUS SCHOCKEN

Der Wehrwolf

Deutschland für Männer und Brüder

Sonnabend, den 5. Februar, abends 8 Uhr im Städtischen Theater

Deutscher Abend

Leiter: Gundolf Löwen Prinz Rupprecht.

Der Reinkasse wird zur Unterstützung erwerbsloser Kameraden verwendet.

Der Abend wird mit einem deutschen Song beendet.

Eintritt 50 Pf.

Die vorstehende Bedillung wird herzlich eingeladen.

Achtung! Sonnabend, 5. Februar, 3. Wochenmarkt empfiehlt aus eigener Fabrikation:

- prima Fleischsalat mit Kapern 1 1/2-Vf.-Dose à 1.40, 1-Vf.-Dose à .90
- Rouladen in Rosenlaube 1 1/2 . . . à 1.20, 1 . . . à .90
- Gräbelsalat " 1 1/2 . . . à 1.20, 1 . . . à .90
- Heringssalat " 1 1/2 . . . à 1.10, 1 . . . à .70
- (ganz besonders)
- Warenkiste (Schnell. Ware) 1 1/2 . . . à 1.60, 1 . . . à 1 . . .

Preise und Qualität ohne Konkurrenz. — Sämtliche Packungen netto Inhalt! — Alle Artikel sind auch in größeren Packungen zu haben! — Garantiert reine Ware!

Telefon 2369 Kurt Baumseil, Blauen, Feinloftfabrik

Jagd

Am Montag den 6. Februar, 1927, um 19 Uhr im Städtischen Theater

Der Wehrwolf

Deutschland für Männer und Brüder

Sonnabend, den 5. Februar, abends 8 Uhr im Städtischen Theater

Deutscher Abend

Leiter: Gundolf Löwen Prinz Rupprecht.

Der Reinkasse wird zur Unterstützung erwerbsloser Kameraden verwendet.

Der Abend wird mit einem deutschen Song beendet.

Eintritt 50 Pf.

Die vorstehende Bedillung wird herzlich eingeladen.

Gut ver-
wendbare

Reste

von Kleider- und Blusenstoffen, Bettzeugen, Barchenten, Gardinen und Vorlagen-Stoffen kommen Sonnabend und Montag zu billigen Extratreissen zum Verkauf.

Kaufhaus Ernst Schuster
Ecke Wettiner- und Carolastraße.

Gastwirtschaft zum Schlachthof Aue.

Sonnabend, den 5., Sonntag, den 6. und Montag, den 7. Februar

Großes Bockbierfest.

Echtbayrisch Daininger Kronen-Doppel-Bock

Sonnabend Schweinsknochen mit vogtl. Klößen und Bratwurst mit Kraut. Sonntag u. Montag Pökelerinderbrust mit Meerrettich und Schinken mit Salat.

Musikalische Unterhaltung.
Hierzu laden ganz ergebenst ein Arthur Auer u. Frau.

Gartenlaube Aue

Freitag, den 4. Febr. bis Montag, den 7. Febr.

Bockbierfest.

ff. kalte und warme Speisen.

Humoristische Vorträge

Es laden herzlichst ein

Max Albani u. Frau.

Ratskeller Schneeberg

Sonnabend, Sonntag und Montag, den 5., 6. und 7. Februar:

Salvator-Ausschank

Künstler-Konzert!

Spezial-Speisenkarte!

Um freundlichen Zuspruch bittet

Hella Blemann.

Johannes Süß

Tel. 591 Aue i. Erzg. Am Markt

Spezialhaus in Stuben-, Kinder-, Klapp- und Leiterwagen

Riesenauswahl! sowie alle einschlägigen Artikel. Billigste Preise! Korbmöbel und alle Korbwaren. Bequemes Aussuchen in großen Ausstellungsräumen.

Um unsere Fabrikate, die bisher guten Anklang gefunden haben, noch weiteren Kreisen zugänglich zu machen, haben wir uns entschlossen, trotz bedeutender Steigerung aller Rohstoffe, die Preise herabzusetzen und verkaufen wir ab heute bedeutend billiger. Sie kaufen bei uns zu wirklichen Fabrikpreisen gut, billig u. frisch.

Unsere nahezu 20jährige Werkserfahrung und unser Prinzip: „Von der Fabrik direkt an den Verbraucher unter Ausschaltung des Zwischenhandels zu liefern“ kommt dem Käufer restlos zugute.

Überzeugen Sie sich durch unsere Schaufensterauslagen und einen Einkauf, daß wir das halten, was wir versprechen.

Herausgegriffene Beispiele:

1/4 Pfd. Pflestersteine statt 25 Pf. nur 17 Pf.
1/4 Pfd. Vollmilch-Karamellen statt 40 Pf. nur 28 Pf.
1/4 Pfd. Java-Nußbrot statt 25 Pf. nur 18 Pf.

3 Tafeln Vollmilch-Schokolade

& 100 gr statt 150 Pf. nur 100 Pf.
1 Tafel Schaller „Edelmilch“ (unsere Beste) statt 60 Pf. nur 45 Pf.
1/4 Pfd. Rumkugeln statt 35 Pf. nur 26 Pf.
1/4 Pfd. Parsival-Pralinen-Mischung hervorragend in Qualität, statt 80 Pf. nur 60 Pf.

Sämtliche 10-Pfg.-Artikel nur noch 8 Pf.
Sämtliche 5-Pfg.-Artikel nur noch 4 Pf. usw.

Schaller & Co., Schokoladen-Fabrik-Niederlage
Aue i. Erzgeb., Bahnhofstraße 87
Im Hause der Commerz- und Privat-Bank.

Wir brauchen Platz
für die großen Frühjahrseinkäufe u. räumen während

Inventur-Ausverkaufes

zu äußerst niedrigen Preisen. Sie haben jetzt eine sehr günstige Gelegenheit zu guten Anschaffungen in Schäßlitz's Schuhwarenhaus
Teleph. 319 Aue Markt 14
Filzpantoffeln 175
36-42 - 3,-, 2,-.

Wohnungs-Tausch!

Bierte: 5-Zimmerwohn. mit Borsaal.
Suche: 4-Zimmerwohn. zu erk. Mittelstr. 34, part. r.

Schlafzimmer

separat. Eing. zu vermieten.
zu erk. im Auer Tageblatt.

Neues Piano

erstklassig in Ton und Ausführung, ist Umstände halber preiswert zu verkaufen.
Angeb. erb. unter A. T. 508 an die Geschäftsst. d. Blätters.

Bettwässen

Sie werden von dem Uebel befreit! Alter und Geschlecht angeb.
Auskunft umsonst.
Asklap - Versand 5,
Berlin W 30,
Bambergerstraße 39.



Sederypflege

Ist das Wichtigste, was Sie von einer Schuhcreme verlangen müssen. Nur wenn die Creme aus reinem Terpentiniöl und edlem Weichen zusammengesetzt ist, haben Sie Gewähr dafür, daß dem Leder die Stoffe zugeführt werden, die es braucht, um stets geschmeidig und schön zu bleiben. Sie verlängern die Halbwertszeit Ihrer Schuhe, wenn Sie verwenden die meingesuchte Lederpasta von Verbrauchern geschätzte Lederpasta

Erdal

putzt die Schuhe pflegt das Leder!

Begräbnisunterstützungsverein „Heimkehr“

Vereinigte alte und neue Knappheit Aue-Zelle.

Hauptversammlung

Sonntag, den 6. Februar 1927, nachm. 3 Uhr im Restaurant „Schäßlitzchen“, Tagesordnung: 1. Jahresbericht, 2. Kostenbericht, 3. Entschließung für die Versorgung, 4. Neuwahlen, 5. Anträge
Bahlreichem Besuch der Mitglieder, auch der weiblichen, erwartet
Der Gesamtvorstand. Franz Baumann, v. g. Vorl.

Café Georgi Aue.

Sonnabend, Sonntag u. Montag

Großer Bockbierrummel.

Hierzu laden ein Ed. Georgi.

Kaffee Zimmermann

Ausschank von Bockbier.

Heute Freitag Schlachtfest.

Sonnabend und Sonntag:
Bockwurst und Schinken in Brotteig gebacken mit Kartoffelsalat.
Hierzu laden freundl. ein Helene verw. Zimmermann.

NWK Wolle

SPORTWOLLEN

Nordstern
Fuldania
Schneestern
Blaustern

Führer in Güte und Farben

Übersicht erzielbar Auf Wunsch
Bedruckungen-Nachweis durch
Sternwoll-Spinnerel
Bahrfeld G.m.b.H., Altona-Bahrfeld



Rheuma,

Iechias, Mexeneschuß,
Oliedererßen, Neuralgie
(Nervenschmerzen), Gicht
mir und Jahrzehnten Patienten in kurzer Zeit geholfen
wurde. Mehrere 20000 Briefe
Krankenschwester Margret Heber,
Frankfurt-Niederrad K. S.

Schund

billig zu verkaufen — ist keine Kunst, wohl aber ausgesuchte Qualitätsware zu billigsten Preisen anzubieten.

Unsere neu eingetroffenen Qualitäten, bieten wir zu folgendem niedrigen Preisen an:

26er calif. Mischobet mit Feigen Pfd. nur 0.65
26er calif. Mischobet, best aus Aprikosen, Pfirsichen, Birnen, Apfelschnitten, Pflaumen . . . Pfd. nur 0.75
26er Kranzfeigen 0.35
26er Pflaumen 0.45

ff. gar. reiner Waldblumenhonig flüssig 1-Pfund-Dose 1.35
pa. Erdbeeren 1-Pfund-Dose 0.95 2-Pfund-Dose 1.75

ff. Speck, keine amerikanische Ware Pfund 1.35

ff. Hering-Salat in May. 1-Pfund-Dose nur 0.75 ff. Rollmops in Remoul. 0.90 ff. Gabelbissen in May. 0.90 ff. Fleischsalat m. Kapern 0.90 ff. Mayonnaise, schnittfest in bekannter Qualität 1.15

Lebensmittel - Dietrich

Aue, Markt 18.